

Anne Lüking
- 14-

Bremen, den 17.11.09

**Bericht
für die
Sitzung der städtischen Deputation für Bildung am 03.12.09**

Sanierung der Schule Louis-Seegelken-Straße

Problem

Der Abgeordnete Dr. Buhlert bittet um einen Bericht zur Sanierung der Schule Louis-Seegelken-Straße.

Sachstand

1. Mit Schreiben vom 14.07.2008 hat das Bauamt Bremen-Nord u.a. die Nutzung des Kellergeschosses mit dem Schwimmbad und den Werkräumen untersagt. Um die Kellerräume wieder schulisch nutzen zu können, sind Maßnahmen zur Sicherung des vorhandenen 1. Fluchtweges und Schaffung des fehlenden 2. Fluchtweges erforderlich. Darüber hinaus fordert die Bauordnung auch in den oberen Geschossen – trotz der hier bereits durchgeführten Sofortmaßnahmen – weitere brandschutztechnische Maßnahmen (Herrichtung des Maschinenraums des Fahrstuhls, die Schaffung von Brandabschnitten auf den Fluren, etc.).

Die Bauordnung hat Immobilien Bremen aufgefordert, diese Maßnahmen bis spätestens Mitte Januar 2009 durchzuführen. Sollte angesichts des Umfangs dieser brandschutztechnischen Maßnahmen eine termingerechte Beseitigung nicht möglich sein, erwartet die Bauordnung jedoch eine verbindliche Maßnahmen- und Zeitplanung.

2. Um die erforderlichen Planungen finanziell abzusichern, fordert die Senatorin für Finanzen eine verbindliche Aussage, dass der Schulstandort mindestens weitere 15 Jahre bestehen bleibt. Eine entsprechende Bestätigung setzt jedoch eine Verlängerung des 2015 auslaufenden Erbbauvertrages mit der Inneren Mission voraus. Gleichzeitig ist eine Anpassung des 1966/1974 errichteten Schulgebäudes an die heutigen Anforderungen einer Schule für Körperbehinderte vorzunehmen.
3. In einem Gespräch mit Friedehorst, wurden die Entwicklungsmöglichkeiten für das Förderzentrum am Standort Louis-Seegelken-Straße erörtert. Dabei ist deutlich geworden, dass Friedehorst kein Interesse an einer Verlängerung der

Erbbaurechtsverträge mit der Stadtgemeinde Bremen hat. Gleichzeitig hat Friedehorst aber ein starkes Interesse an einem Verbleib der Schule auf dem bisherigen Gelände und könnte sich eine (Teil-)Veräußerung eines Geländes zur Erweiterung der Schule vorstellen. Friedehorst errichtet z.Zt. eine neue Altenwohnanlage. Nach der Fertigstellung des Neubaus (Frühjahr 2010) würden die an der Louis-Seegelken-Straße gelegenen und damit unmittelbar an das Schulgrundstück angrenzenden eingeschossigen Gebäude frei werden.

4. Seit der Errichtung des Förderzentrums im Jahre 1972 haben sich Nutzungen und Anforderungen an das Gebäude deutlich verändert, so dass die Raumsituation an der Schule heute defizitär ist:

- Einrichtung einer Praxis für Krankengymnastik (Träger: Lebenshilfe),
- Einrichtung zusätzlicher Fachräume (2. Werkraum, Musikraum),
- Beschulung in den Jahrgangsstufen 1 – 12
- Aufgrund der Zunahme von Schwerstbehinderten und die damit verbundene Vielzahl von orthopädischen Hilfsmitteln, Stehhilfen und Rollstühlen etc. ist es aus Sicht der Verwaltung erforderlich, zwischen 2 – 3 Klassenräumen jeweils einen Abstellraum für die v.g. Hilfsgeräte vorzusehen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus Forderungen der Bauaufsicht, Feuerwehr und Unfallkasse, Brandlasten aus den Fluren zu entfernen und Flucht- und Rettungswege freizuhalten.
- Es sind ausreichende Therapieflächen sowie entsprechend ausgestattete Sanitär- und Pflegebereiche zusätzlich bereitzustellen.

Lt. § 70 A des neuen Schulgesetzes bleibt das FÖZ Louis-Seegelken-Straße als Schule für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf körperliche und motorische Entwicklung in Fällen einer schweren umfänglichen multiplen Beeinträchtigung erhalten. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler auf Grund des Elternwahlrechts erheblich reduziert. Nach ersten Einschätzungen wird von einer Zielplanungsgröße von ca. 60-80 Schüler/innen (heute 119 Schüler/innen) ausgegangen.

Immobilien Bremen hat auf dieser Grundlage eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die den Um- und Ausbau des FÖZ Louis-Seegelken-Straße am Standort sowie eine erste Kostenschätzung beinhaltet. Zeitgleich wurden Verhandlungen mit Friedehorst über den Ankauf der Grundstücksteile aufgenommen.

Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie wurde der Schulleitung und den Elternsprechern vorgestellt, die ihm auch zustimmten und darum baten, dass die Planungen für das Kellergeschoss zügig vorangetrieben werden, damit das Schwimmbad wieder eröffnet wird.

Am 22.09.09 wurde die Planung dem Beirat Burglesum vorgestellt.

Der Beirat lehnte die vorgestellte Planung ab und fordert eine zügige Konzeptionierung und Realisierung eines Neubaus in eingeschossiger Bauweise auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne und eine Absicherung des Neubaus im Haushalt 2010 / 2011. Zwischenzeitlich ist der laufende Schulbetrieb sicherzustellen.

Der Beirat bezweifelte die Prognosezahl von 80 Schüler/innen, die zukünftig die Schule besuchen würden.

Eine Umsetzung dieses Beschlusses führte zu einem widersprüchlichen Ergebnis mit erheblichen Kostenfolgen. Der Regelbetrieb am Standort ist nur aufrecht zu erhalten, wenn eine Brandschutzsanierung durchgeführt wird (Investitionen von ca. 2,8 Mio. €) Das setzt allerdings voraus, dass das Erbbaugrundstück, auf dem die jetzigen Gebäude stehen, angekauft werden, da der Erbbaurechtsvertrag nur bis 2015 läuft. Die Eltern fordern die zügige Wiedereröffnung des Schwimmbades (Investitionskosten ca. 0,8 Mio. €).

Die Planung des Anbau/Neubau sollte frühestens ab 2012 (Investitionskosten 4,6 Mio. €) erfolgen, da in den Haushalten 2010/2011 keine Investitionsmittel vorgesehen sind und die Sanierung der bestehenden Gebäude aus Brandschutzgründen vorgezogen werden müssen.

Die Forderung des Beirats, einen eingeschossigen Schulbau auf dem nahegelegenen ehemaligen Kasernengrundstück zu bauen, wurde durch eine Kostenermittlung überprüft (Baukosten ca. 13 Mio. € zuzüglich Grundstückskosten). Lt. Auskunft des Senators für Wirtschaft und Häfen steht das Grundstück zur Zeit noch nicht zur Verfügung. Herr Senator Nagel verhandelt persönlich mit der Bundesimmobilienanstalt über eine Verwertung des Grundstücks. Gemeinsam wird ein Gutachten beim BAW in Auftrag gegeben, das die Verwertung festlegen soll. Mit einer Ausschreibung des Grundstücks wird 2010 gerechnet.

Im Schulstandortkonzept, das der Deputation im Dezember 2009 vorgelegt werden soll, wird ein Vorschlag für eine Lösung der Bau und Sanierungsprobleme vorgelegt werden.

Wenn möglich soll das Thema vorher im Unterausschuss Sonderpädagogik erörtert werden.

Gez. Anne Lüking